

# SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Migrationspolitik muss auf Schweizer Interessen fokussiert sein.  
Von Nationalrat Lukas Reimann

Seite 6



Agrarfreihandel führt zu Qualitätsrückgang und Bauernsterben.  
Von Nationalrat Ernst Schibli

Seite 10



SVP will leistungsorientierte Volksschule.  
Von Nationalrat Theophil Pfister

Seite 15

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 60 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 5/2009

## Den schweizerischen Interessen verpflichtet!

Nationalrat Toni Brunner S. 3

Sonderparteitag S. 4+5

## Strafrecht verschärfen – Opfer schützen

Nationalrätin Natalie Rickli S. 7

## «Cassis-de-Dijon-Prinzip wird zum Job-Killer»

Nationalrat Caspar Baader S. 8+9

Aus den Kommissionen S. 11

## Ein Geschichtsbuch, das man gelesen haben muss

Kantonsrat Claudio Zanetti S. 13

Reklame

Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG  
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG  
Henzmannstrasse 20  
4800 Zofingen  
Tel. 062 745 93 93  
www.ztonline.ch

## Unkontrollierte Einwanderung muss gestoppt werden

Die SVP geht unbeirrt ihren Weg und setzt sich für die Interessen der Schweiz und ihrer Bürger ein. Bereits im Mai 2008 hat unsere Partei auf die Problematik der unkontrollierten Einwanderung hingewiesen und den Bundesrat aufgefordert, die Zuwanderung über eine Kontingentslösung zu regulieren. Denn gerade im aktuellen Wirtschaftskrieg muss die Schweiz ihren Arbeitsmarkt und ihre Sozialwerke schützen. Der zusätzliche Druck, welcher durch die massive Zuwanderung entsteht, ist nicht mehr tragbar.

In den letzten Monaten ist die Arbeitslosenquote bei der ausländischen Bevölkerung massiv gestiegen. Verständlicherweise haben es viele ausländische Arbeitslose nicht eilig mit der Rückreise, schliesslich können sie legal von den besseren Sozialleistungen in der Schweiz profitieren.

Die Voraussetzungen für die Anwendung der sogenannten Ventilklausel waren schon im Jahr 2008 gegeben. Der Bundesrat hat es jedoch verpasst, diese «Notbremse» rechtzeitig zu ziehen. Vielmehr hat die Landesregierung die negativen Konsequenzen der unkontrollierten Einwanderung – wohl auch weil die weitere Ausdehnung der Personenfreizügigkeit im Februar 2009 nicht gefährdet werden sollte – bisher stets totgeschwiegen. Aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage und der negativen Prognosen muss nun aber dringend gehandelt werden. Die SVP fordert den Bundesrat deshalb auf, umgehend die notwendigen Massnahmen zu ergreifen und die Zuwanderung in die Schweiz zu regulieren.



Arbeitsmarkt und Sozialwerke stehen schon heute unter grossem Druck

(Foto: Falco – Fotolia.com)

**SONDERPREIS !!!**  
Rucksack

**10.-**



- |             |   |          |
|-------------|---|----------|
| ..... Expl. | Rucksack (Aktion)<br>robust und praktisch, für Sie und Ihn! | Fr. 10.- |
| ..... Expl. | SVP-Sitzungsmappe   | Fr. 49.- |
| ..... Expl. | Seidenkrawatte SVP  | Fr. 50.- |

**Weitere Artikel finden Sie  
im SVP-Onlineshop**

Name .....

Vorname .....

Adresse .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

Mail .....

Ort .....

Datum .....

Unterschrift .....

**Bitte Talon einsenden an:**  
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern  
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail [gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch)

**Online-Bestellung auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)**

## Impressum

# SVP-Klartext

**Die Zeitung des Mittelstandes**

**Herausgeberin:**  
Stiftung SVP-Parteizeitung

**Erscheinungsweise:**  
12 × / Jahr

**Chefredaktor:**  
Alain Hauert

**Inserate:**  
Alain Hauert

**Adresse:**  
Generalsekretariat SVP  
Postfach 8252  
3001 Bern  
Telefon 031 300 58 58  
Fax 031 300 58 59  
E-Mail: [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch)

**Jahresabonnement:**  
Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.-  
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

**Bankverbindung:**  
Schweiz. Volkspartei  
3000 Bern  
PC 30-8828-5  
Vermerk: Klartext

**Druck:**  
Zofinger Tagblatt AG  
ZT Print  
Henzmannstrasse 20  
4800 Zofingen,  
Telefon 062 745 93 93  
Fax 062 745 93 49  
[www.ztonline.ch](http://www.ztonline.ch)

**Adressänderungen:**  
per E-Mail an [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch)

### Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 60000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch).

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Ebnet-Kappel (SG)

# Den schweizerischen Interessen verpflichtet!



Die SVP steht für Freiheit und Eigenverantwortung, für eine souveräne Schweiz, die bereit ist für die Landesinteressen ohne Wenn und Aber einzustehen. Der Bundesrat, und mit ihm leider eine Mehrheit des Parlamentes, ist hingegen nicht mehr konsequent bereit sich für unsere eigenen Landesinteressen einzusetzen.

Dafür gibt es genügend Beispiele. Die einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips, der Agrarfreihandel auf dem Buckel der Schweizer Bauern, das Entsenden von Schweizer Soldaten für Aktivdienste ins Ausland oder aber die Preisgabe des schweizerischen Bankkundengeheimnisses für ausländische Kunden. Ein anschauliches Beispiel für die fehlende Interessenswahrung der Schweizerinnen und Schweizer ist aber auch die völlig verfehlt Migrationpolitik. Obwohl die SVP immer wieder auf die negativen Konsequenzen der Massimmigration hingewiesen hat, wurden diese Bedenken von den Mitte-links-Parteien und vom Bundesrat verharmlost. Dabei zeigen sich die Folgen der unkontrollierten Einwanderung in den verschiedensten Bereichen:

**Asylpolitik:** Die lasche Asylpolitik im Bundesrat, die seit Beginn des Jahres 2008 wieder Einzug gehalten hat und die weder Schlepper noch Wirtschaftsflüchtlinge abschreckt, zeigt ihre Früchte. Allein im 1. Quartal 2009 wurden 4938 Asylgesuche eingereicht. Dies sind 77,2% mehr als im 1. Quartal 2008. Setzt sich diese Entwicklung fort, dann müssen wir in der Schweiz wohl wiederum mit weit über 20 000 neuen Asylanten pro Jahr rechnen.

**Ausländerkriminalität:** Die neusten Zahlen 2008 zeigen ein erschreckendes Bild. Mit 70% ist der Ausländeranteil in Gefängnissen doppelt so hoch wie jener der Schweizer. Das neue Strafgesetzbuch hat versagt, die Sanktionen im Gesetz zeigen keine abschreckende Wirkung. Dieser Täterverhätschelung muss ein Ende gesetzt werden. Die Ausschaffungsinitiative unserer Partei muss dem Volk so schnell als möglich zur Abstimmung vorgelegt werden. Die SVP hat deshalb eine ausserordentliche Session zur Verschärfung des Strafrechts erzwungen.

**Jugendkriminalität:** Junge Schweizerinnen und Schweizer sehen sich gezwungen immer mehr Orte zu meiden, weil ausländische Jugendliche bandenmässig auftreten. Die Jugendgewalt hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Auch hier gilt es härtere und vor allem schnellere Strafurteile zu fällen.

**Schule:** Viele Schulen kämpfen mit wenig integrierten Kindern und Jugendlichen, die ihre Kultur und ihre Gewaltbereitschaft in Gruppen in die Schulen tragen. Deutsch wird an einzelnen Schulen bald zur Fremdsprache, ein leistungsorientierter Unterricht wird mit unausgewogenen Klassen, die praktisch nur noch aus Ausländern bestehen, oftmals verunmöglicht.

Es ist höchste Zeit, diese Tendenzen zu stoppen und Gegenmassnahmen zu ergreifen. Auch wenn der Bundesrat und grosse Teile des Parlamentes diese Probleme zu «Tabuthemen» machen wollen, die SVP greift sie auf. Die SVP wird sich, wie auch schon all die Jahre davor, konsequent für die Interessen unserer Schweiz und unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen!

Werbung

## Bruchsch Liecht?



# DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

**NOSERLIGHT**

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12  
info@noselicht.ch, [www.noselicht.ch](http://www.noselicht.ch)

# Die Migrationspolitik auf Irrwegen

Am Sonderparteitag der SVP Schweiz vom 2. Mai 2009 in Bern stand die Migrationspolitik im Mittelpunkt. Unter dem Leitsatz «Unsere Regeln gelten für alle» hat die SVP bereits vor drei Jahren ein umfassendes Positionspapier vorgelegt, die Entwicklungen seither zeigen deutlich, dass dieses Thema an Aktualität nichts eingebüsst hat. Die SVP-Delegierten verabschiedeten daher ein weiteres Positionspapier zur Migrationspolitik der Partei im Jahr 2009 sowie eine Resolution für eine wirksame Asylpolitik.

Obwohl das Schweizer Stimmvolk im Jahr 2006 das verschärfte Asyl- und Ausländergesetz mit über  $\frac{2}{3}$  aller Stimmen deutlich angenommen hat, harzt es bis heute mit dessen Umsetzung. Die Folgen dieses Zeitspiels der linken Gutmenschen – oft unterstützt von den Mitteparteien – sind augenscheinlich. Heute machen Ausländer, Eingebürgerte und Grenzgänger schon beinahe einen Drittel der

Gesamtbevölkerung in unserem Land aus. Mit der unkontrollierten Einwanderung steigt der Druck auf unsere Sozialwerke immer weiter an, die Schweizer Werte verlieren an Bedeutung und das Rechtssystem wird immer weiter unterwandert. Die SVP, welche diese Problematik seit Jahren intensiv mitverfolgt und entsprechend Gegensteuer geben will, hat deshalb am 2. Mai 2009 – im Rahmen eines grossen Sonderparteitages in der Stadt Bern – erneut auf diese Punkte hingewiesen und ihre Lösungen präsentiert.

Die SVP will der unkontrollierten Zuwanderung wieder Herr werden. Denn die Schweiz hat derzeit ein Migrationsproblem, welches nach umgehenden, effizienten Massnahmen verlangt. Ein souveräner Staat muss seine Grenzen und die Einwanderung kontrollieren können. Ansonsten wird der Wohlstand und der innere Frieden eines Staates gefährdet. Die entsprechenden Forderungen der SVP wurden in einem neuen Positionspapier festgehalten und von den Delegierten am Sonderparteitag einstimmig verabschiedet.

## Migrationsprobleme lösen statt verwalten

Kein anderes Industrieland der Welt erlebte im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl eine solche Masseneinwanderung wie die Schweiz. Seit 1990 betrug die Bruttozuwanderung in die Schweiz weit über 1 Million Menschen.

Heute erfolgt die Zuwanderung zu einem grossen Teil nicht mehr in den Arbeitsmarkt, sondern direkt in unser Sozialsystem. Die Schweiz ist ein Sozialstaat, gebärdet sich aber gleichzeitig als Einwanderungsland. Dieses Verhalten kann auf Dauer nicht funktionieren. Solange die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Europa und erst recht weltweit dermassen unterschiedlich sind, muss eine unkontrollierte Zuwanderung zu einer Nivellierung nach unten führen.

Die SVP will der unkontrollierten Zuwanderung wieder Herr werden. Denn die Schweiz hat derzeit ein Migrationsproblem, welches nach umgehenden, effizienten Massnahmen verlangt. Ein souveräner Staat muss seine Grenzen und die Einwanderung kontrollieren können. Ansonsten wird der Wohlstand und der innere Frieden eines Staates gefährdet. Die entsprechenden Forderungen der SVP wurden in einem neuen Positionspapier festgehalten und von den Delegierten am Sonderparteitag einstimmig verabschiedet.

Werbung

### Zu vermieten in Wissen SO

Inmitten einer traumhaften + sonnigen Juralandschaft mit Aussicht ins Grüne auf 725 müM, je 15 Min. zu Autobahn, nach Olten und Sissach, neu erstelltes.

#### 3.5 Zi – Stöckli

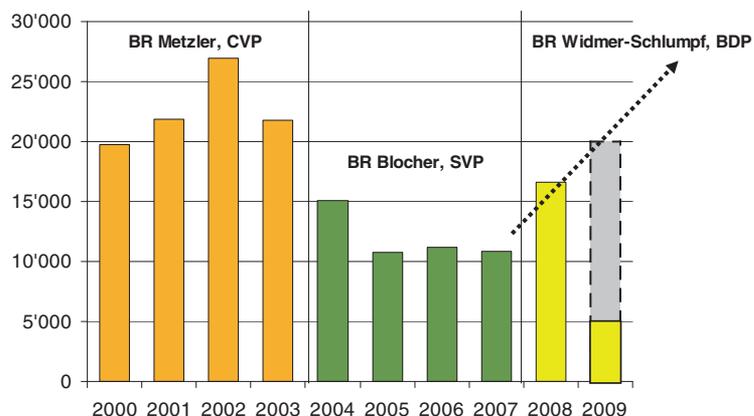
Neben von uns bewohnten EFH an Einzelperson oder Paar. Wenn sie diese einmalige Wohnsituation in Ruhe und mit Respekt geniessen möchten, im Haus nicht rauchen, dann erwarten wir ihren Anruf 062 293 15 09, abends Alles weitere nach Vereinbarung. Fam. Stämpfli, Forenweg, 4634 Wissen

## Asylschlendrian ist zurück

Die lange humanitäre Tradition der Schweiz zum Schutz von an Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen wird immer wieder und immer häufiger missbraucht. Eine eigentliche Asylindustrie profitiert von der aktuellen «Laissez-faire»-Mentalität in der Schweiz. Insbesondere seit der Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat ist unser Land für Wirtschaftsflüchtlinge wieder viel zu attraktiv geworden. Besserung ist momentan noch nicht in Sicht. Im Gegenteil: Die ganze staatliche Asylbürokratie, aber auch die Mitarbeitenden in den Hilfswerken, Dolmetscher, Psychologen, Flüchtlingsanwälte, und insbesondere auch die Schlepperbanden profitieren ganz direkt von dieser Entwicklung und haben keinerlei Interesse, dafür zu sorgen, dass die Asylgesuche zurückgehen.

In ihrer am Sonderparteitag verabschiedeten Asylresolution hielt die SVP deshalb die zentralen Punkte für eine wirksame Flüchtlingspoli-

Asylgesuche: Alles Zufall oder was?



Nach der Abwahl von Bundesrat Blocher ist der Schlendrian zurück: massiver Anstieg der Asylgesuche seit Anfang 2008, Hochrechnung des 1. Quartals 2009 lässt weitere Zunahme erwarten.

**www.wahl-plakate.ch**



Impressionen vom SVP-Sonderparteitag in Bern



## SMS-INFO-DIENST DER SVP

Mit dem SMS-Info-Dienst erhalten Sie topaktuell die Schlagzeilen der SVP-Pressecommuniqués auf Ihr Handy...

Und so einfach geht's: Schicken Sie von Ihrem Handy ein SMS mit dem Text „SVP ON“ an die Zielnummer 939. Sie erhalten umgehend eine Antwort, welche Sie mit OK bestätigen müssen. Und schon sind Sie jederzeit über die aktuellen Themen informiert!

**Die deutschsprachige kantonale SVP Tessin ist ein aktiver bürgerlicher Politclub**

Sie ist ideal für Deutschschweizer, die im Tessin Wohnort nehmen, die italienische Sprache noch wenig beherrschen und gesellschaftlich besser integriert sein möchten.

Die ds-SVP Tessin macht bürgerliche Politik, rechts der Mitte. Sie kämpft für eine erhaltenswerte Schweiz und lehrt eine Überschwemmung mit Asylanten und Migranten ab. Sie setzt sich für die Erhaltung des schönen Kantons Tessin mit seiner Kultur und seinen Gebräuchen ein.

Die ds-SVP Tessin macht Wanderungen, Museumsbesuche und nimmt an kulturellen Veranstaltungen teil. Bei allen Anlässen wird die Freundschaft und Geselligkeit gepflegt. Mitglieder aus anderen Kantonen werden ebenfalls aufgenommen, insbesondere auch Zweitwohnungsinhaber im Tessin.

Unser Clublokal ist das schöne und feine Terrassen-Restaurant **Cà Nostra** in Brione s. Minusio, Tel. 091 743 58 52. Hier findet jeden 1. Mittwoch eines Monats um 12.00 Uhr ein Lunch der ds-SVP Tessin statt.

Interessenten wenden sich an Manfred Oswald, ds-SVP Tessin, Postfach 5470, 6901 Lugano, Telefon 091 940 13 57, manfred.oswald@bsuwin.ch




**SVP-HIT**

Überschwemmung in Dörfchen  
mit Prädikatsküche  
Minierung von Hallenbad, Sauna  
Anwesenheit und Tüfengeg

**FR. 50.-**  
pro Person/Tag

Egal wieviel Nächte!

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665  
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@phone.ch

Nationalrat Lukas Reimann, Wil (SG)

# Eine Schweiz für Eigen- statt für Fremdinteressen

Wir stecken mitten in einer Krise. Im nationalen Interesse sollten alle zusammenstehen. Aber: das Gegenteil geschieht.

**Insbesondere in wirtschaftlich schlechten Zeiten muss die Schweiz den Zugang von Ausländern zu unserem Arbeitsmarkt und zu den Sozialleistungen regulieren können.** Die Arbeitslosigkeit steigt stark; verbunden mit schlimmen Einzelschicksalen. Trotzdem wandern aufgrund der EU-Personenfreizügigkeit noch immer Monat für Monat Tausende in die Schweiz ein. Im Abstimmungskampf wurde versprochen, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten von der Ventilklausel Gebrauch zu machen und die Einwanderung wieder zu regulieren. Doch der Bundesrat zögert. Die Voraussetzungen für die Anwendung der Ventilklausel waren schon 2008 gegeben. Der Bundesrat hat es verpasst, diese «Notbremse» rechtzeitig zu ziehen. Vielmehr hat die Landesregierung die negativen Konsequenzen der unkontrollierten Einwanderung – wohl auch um die weitere Ausdehnung der Personenfreizügigkeit im Februar 2009 nicht zu gefährden – bisher stets totgeschwiegen. Jetzt zeigt sich: Die unkontrollierte Einwanderung ist nicht mehr tragbar. Schweizer Arbeitsplätze müssen wieder vorrangig an Schweizer gehen.

Damit verbunden werden auch die Sozialwerke zunehmend gefährdet. Die Statistiken zeigen klar auf, dass Ausländer überdurchschnittlich viel beziehen, der sofortige Zugang zu allen Sozialwerken muss überdacht werden. Der Missbrauch stärker angegangen werden. Tatenlosigkeit können wir uns nicht leisten.

Aus der EU droht bereits neues Ungemach. Die im Mai von der EU verabschiedete Asylrichtlinie ist eine



Aufforderung zur Massenzuwanderung und zum Asylmissbrauch. Sie bringt die Ausdehnung des Familienbegriffes auf die ganze Verwandtschaft des Asylbewerbers, die völlige Gleichstellung mit Inländern hinsichtlich sozialer Ansprüche und den freien Zugang zum Arbeitsmarkt nach spätestens sechs Monaten.

**Dabei verschärft sich die Schweizer Asylproblematik auch ohne EU, weil der Bundesrat nicht die notwendige Härte zeigt.** Allein im 1. Quartal 2009 wurden 4938 Asylgesuche gestellt, 77,2% mehr als im 1. Quartal 2008.

Und in Sachen Kriminalität zeigen sich die Folgen der unkontrollierten Einwanderung: Wir haben immer mehr Gewalt in der Schweiz. Der Ausländeranteil bei Straftaten ist unverändert hoch. In den Gefängnissen lag der Ausländeranteil im vergangenen Jahr bei unglaublichen 70%! Das Strafrecht ist geprägt von einer Kultur des Täterschutzes. Hier braucht es dringend eine Korrektur.

Auch das Bildungswesen ist betroffen. Viele Schulen kämpfen mit Integrationsproblemen. Eine erfolgreiche

Integration ist bei zu hohen Ausländeranteilen nicht mehr möglich. Die Qualität unserer Bildung leidet stark darunter.

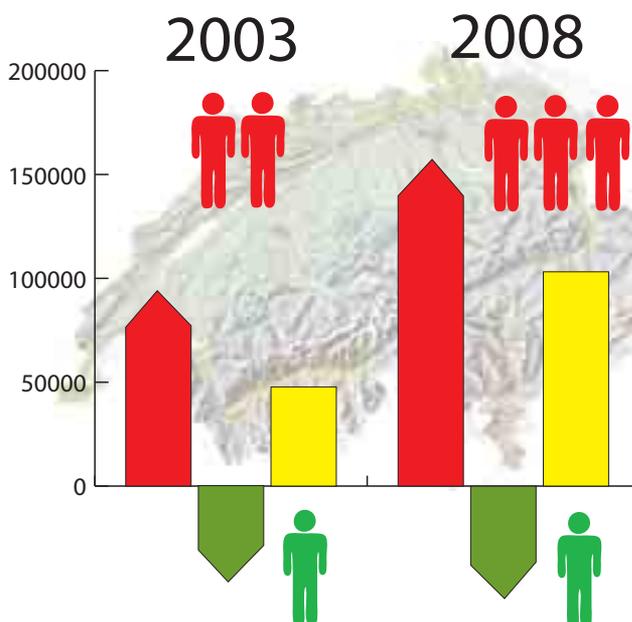
Die zunehmende Islamisierung ist noch immer ein Tabuthema. Dabei ist längst klar, dass die islamische Bevölkerung rasant wächst. Damit verbunden werden immer dreistere Forderungen gestellt. Wir dürfen die Augen nicht verschliessen. Wer in unserem Land Gast ist, hat die schweizerische Rechtsordnung und unsere Sitten und Gebräuche zu beachten oder aber das Land wieder zu verlassen!

Über 1,6 Millionen Ausländer zählte die Schweiz im Jahr 2008, was einem Zuwachs von 4,3% gegenüber den Vorjahr entspricht. Und dabei sind die Eingebürgerten, die Kurzaufenthalter oder die Asylsuchenden nicht mitgezählt. Die unkontrollierte Zuwanderung führt zu immer höheren Kosten und Risiken für den Staat und zu immer

offensichtlicheren Parallelgesellschaften.

**Erstaunt fragen sich viele: Wie konnte es überhaupt so weit kommen? Es gibt bei den Linken viel zu viele, die sich zwar Schweizer Politiker nennen, in Wirklichkeit aber nur die Interessen der Nicht-Schweizer vertreten.** Und es gibt die, welche jeweils vor den Wahlen Volksnähe entdecken, nur um es danach wieder zu vergessen. So versprechen Mitte-links-Parteien vor den Wahlen, gegen den EU-Beitritt einzutreten, nur um dann in Bern alles aus Brüssel abzunicken. Und als es im Mai 2009 im Nationalrat um den längst fälligen Rückzug des EU-Beitrittsantrages ging, stimmte praktisch niemand ausserhalb der SVP dafür. Auch wurden Lösungen in der Migrationspolitik versprochen, doch in Bern verhindern die gleichen Leute die zahlreichen Handlungsvorschläge der SVP. Das ist Betrug am Volk.

Die SVP ist anders: Sie kämpft konsequent und gradlinig für die Interessen der Schweiz. Mit der Ausschaffungsinitiative und der Minarettverbotsinitiative, aber auch mit zahlreichen Vorstössen und Eingaben im Parlament bietet die SVP Lösungen. Lösungen, welche die Schweiz für die Zukunft rüsten statt sie zerstören. Das am Sonderparteitag vom 2. Mai verabschiedete SVP-Migrationspapier ist ein weiterer Beweis dafür.



Massiver Anstieg der Zuwanderung von 2003 bis 2008

Nationalrätin Natalie Rickli, Winterthur (ZH)

# Strafrecht verschärfen – Opfer schützen

**Am 3. Juni findet im Nationalrat die von der SVP verlangte Sondersession zum Strafrecht statt. Damit zwingt die SVP die anderen Parteien, sich endlich um die Missstände in der Strafverfolgung, Justiz und Gesetzgebung zu kümmern. Es darf nicht sein, dass Täter verhätschelt werden, während die Opfer oft ein Leben lang leiden.**

Wahlresultate können durchaus etwas bewirken. Dies sei all denen gesagt, welche meinen, es «bringe ja doch nichts», wenn man an Wahlen und Abstimmungen teilnehme. Als erstes Beispiel ist die Europapolitik anzuführen: Seit 1992 engagiert sich die SVP gegen einen EU-Beitritt und für eine bilaterale Lösung. Genau dies will heute auch die grosse Mehrheit im Parlament. Als zweites Beispiel ist die Asylpolitik zu nennen: Nach jahrzehntelangem Druck der SVP ist die Politik heute aufmerksamer gegenüber den zahlreichen Problemen, welche die unüberlegte Einwanderungspolitik der Linken bringt. 2006 wurde das Asylgesetz auf massgeblichen Druck der SVP revidiert.



Die Bussen orientieren sich neu nicht mehr primär am Verschulden des Täters, sondern an dessen wirtschaftlicher Situation. So kann es sein, dass sich mittellose Personen Delikte wie massive Tempoüberschreitungen im Strassenverkehr bestens leisten können, während andere für weit weniger gravierende Übertretungen horrenden Bussen zu bezahlen haben. Auch die Abschaffung der kurzen Freiheitsstrafen zeigt die falsche Optik des revidierten StGB. Es ist nicht einzusehen, warum Straftäter nicht mehr zu Freiheitsstrafen auch unter sechs Monaten verurteilt werden sollen. Aus diesen und anderen Gründen fordert die SVP die Rückkehr zur altrechtlichen Strafsystematik.

## Strafrecht verschärfen

Ein weiterer störender Punkt sind die immer mildernden Strafen, welche unsere Gerichte aussprechen. In diesem Zusammenhang habe ich verschiedene Vorstösse eingereicht: Für grobe Delikte, welche mit mehr als zwei Jahren Gefängnis bestraft werden, darf es keinen teilbedingten Vollzug mehr geben. Bei Sexualstraftaten und Gewaltdelikten müssen die Strafen verschärft werden. Zudem ist ein Register zu schaffen, welches verurteilte Sexual-

und Gewaltstraftäter erfasst und den Behörden zur Prävention bzw. als Hilfe für die Aufklärung von Wiederholungstaten zur Verfügung steht. Sodann muss bei besonders schweren Delikten das Erwachsenenstrafrecht auch auf Jugendliche angewendet werden.

## Kriminelle Ausländer ausschaffen

Nach wie vor stammt ein grosser Teil der Verbrecher nicht aus der Schweiz, sondern

vielmehr aus Südosteuropa oder anderen Kontinenten. Aus diesem Grund hat die SVP 2007 die Ausschaffungsinitiative lanciert. Diese Initiative hat ihren guten Grund: Bei vorsätzlichen Tötungsdelikten beträgt der Ausländeranteil 53,3%, bei Körperverletzung 53,1%, bei Vergewaltigungen gar 59,7%. In den Gefängnissen lag der Ausländeranteil im vergangenen Jahr bei sage und schreibe 70%. Und dies bei einem Ausländeranteil von gut 21%.

Die Auswirkungen der unkontrollierten Einwanderung zeigen sich hier deutlich: Gewalt und Kriminalität in unserem Land haben zugenommen. Diesen unwürdigen Zuständen will die SVP einen Riegel schieben: Wer vergewaltigt, tötet oder andere schwere Straftaten begeht, hat unser Land zu verlassen!

## SVP will mehr Sicherheit

Drittes Beispiel ist das Strafrecht: Seit Jahren engagiert sich die SVP für mehr Sicherheit und härtere Strafen. Das «Messerstecher-Inserat» von 1993 ist heute noch aktuell. Die Aussage, dass die Politik der Linken und «Netten» uns mehr Kriminalität, mehr Drogen und mehr Angst bringe, stimmt auch 2009 noch. Für die SVP stehen zwei Forderungen im Vordergrund: Einerseits muss das Strafrecht wieder verständlich und in sich logisch sein. Andererseits muss das Strafrecht potentielle Täter abschrecken und Gesetzesvorstösse in aller Härte ahnden. Dies ist heute – etwa mit «bedingten Geldstrafen» – nicht gegeben.

## Rückkehr zum alten StGB

Das neue Strafgesetzbuch wird von verschiedensten Seiten kritisiert – auch von den Gerichten. Die Strafen im neuen StGB sind unlogisch, und die Systematik ist für viele Bürger nicht verständlich. Als Beispiel ist etwa das ungerechte und unverständliche Geldstrafensystem zu nennen:

**Das haben wir den Linken und den «Netten» zu verdanken: mehr Kriminalität, mehr Drogen, mehr Angst.**

**Doch zum Glück gibt es eine Alternative**

**Mehr SVP. Mehr Sicherheit.**

Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich, Postfach, 8023 Zürich

**Für eine sichere Zukunft in Freiheit**

**SVP**

Die Partei des Mittelstandes

Interview mit Nationalrat Caspar Baader, Fraktionspräsident SVP Schweiz, Gelterkinden (BL)

# «Cassis-de-Dijon-Prinzip wird zum Job-Killer»

Der Fraktionspräsident der SVP befürchtet, dass mit der Annahme des einseitigen Cassis-de-Dijon-Prinzips die Produktqualität sinken wird.

*Interview aus dem «Schweizer Bauer».*

**«Schweizer Bauer»: Das Cassis-de-Dijon-Prinzip wurde vom Nationalrat angenommen. Welche Folgen hat dies für die Landwirtschaft?**

Caspar Baader: Wer die Folgen erkennen will, muss zuerst das Prinzip verstehen. Das Ziel dieser Vorlage und auch von Frau Bundesrätin Leuthard ist es, die Kosten für die Konsumenten um zwei Milliarden zu senken. Das bedeutet mehr Import von billigen Produkten, die nach den Normen irgendeines EU-Landes produziert wurden (z.B. Rumänien oder Bulgarien). Davon profitiert nur der Handel, also die Grossverteiler, aber sicher nicht die Landwirtschaft.

**Aber die Konsumenten profitieren doch auch.**

Ich gehe davon aus, dass der Konsument an der Preisfront nichts spüren wird. Vor allem der Handel wird dank billigeren Importen zu Lasten der Schweizer Landwirtschaft seine Marge verbessern. Vielleicht gibt er einen unverhältnismässig kleinen Teil der Marge an die Konsumenten weiter. Zu-

dem wird auch der Qualitätsstandard bezüglich der Inhaltsstoffe der Produkte sinken. So wird es künftig möglich sein, aus einem EU-Land eine Pizza Prosciutto ohne richtigen Schinken oder Apfelsaft mit tieferem Fruchtsaftanteil als bei uns zu importieren, weil dort eine solche Produktion erlaubt ist.

**Was sind die konkreten Konsequenzen für die Landwirtschaft?**

Die Landwirtschaft wird Marktanteile verlieren. Sie kann nicht zu gleich tiefen Preisen produzieren, weil sie trotzdem die schweizerischen Gesetze wie Tier- oder Gewässerschutzgesetze einhalten muss. Die Produktion der inländischen Landwirtschaft wird sinken.



Caspar Baader erklärt die Folgen von Cassis-de-Dijon

**Dafür gibt es ja den Passus zur Vermeidung der Inländerdiskriminierung, der besagt, dass im Inland zu denselben Standards produziert werden kann.**

Dieser Passus spielt leider bei der Landwirtschaft nicht, da sich die Bauern im Inland bei der Produktion weiterhin an unsere kostentreibenden gesundheitspolizeilichen Vorschriften wie das Schweizer Tier- und Gewässerschutzgesetz, die ÖLN-Richtlinien usw. halten müssen, also gar nicht auf einen tieferen Standard irgendeines EU-Landes ausweichen können.

**Daher profitieren nur die Verarbeiter davon.**

Neben den Grossverteilern, d.h. dem Handel, profitieren allenfalls noch einige Verarbeiter, die Landwirtschaft ist die Verliererin. Das ist der Grund, weshalb wir gegen das Cassis-de-Dijon-Prinzip waren. Wenn schon dieses Prinzip eingeführt werden soll, dann muss es zumindest gegenseitig sein.

**Dann sind Sie für ein gegenseitiges Cassis-de-Dijon-Prinzip?**

Nein, ich war in erster Linie für Nichteintreten auf diese Vorlage und nur in zweiter Linie für Rückweisung mit dem Auftrag an den Bundesrat, wenn schon mit der EU die Gegen-

seitigkeit auszuhandeln. Dann könnten wir wenigstens unsere Produkte nach Schweizer Normen herstellen und sie ohne zusätzliche Prüfungen in den EU-Ländern mit einem «Swissness-Zuschlag» exportieren. Das können wir bei einseitiger Anwendung nicht, da die EU unsere Normen nicht anerkennen muss.

**Auch bei einer Gegenseitigkeit würden Billigprodukte importiert und der Qualitätsstandard sinken.**

Ja, deshalb wollten wir das Cassis-de-Dijon-Prinzip überhaupt nicht, da nur der Zwischenhandel davon profitiert. Auch das prophezeite Sparpotenzial der Konsumenten ist völlig überrissen. Bei Gegenseitigkeit könnte wenigstens die Wirtschaft in Sachen Normenankennung noch etwas gewinnen.

**Könnte die Landwirtschaft nicht auch von günstigeren Importen profitieren?**

Nein, für die landwirtschaftlichen Hilfsstoffe sind Parallelimporte schon heute möglich. Das Cassis-de-Dijon-Prinzip verbilligt dem Landwirt die Produktion nicht, aber reduziert den inländischen Marktanteil.

**Bei einseitigen Abkommen behindern uns immer unsere Produktionsstandards. Wäre ein EU-Beitritt nicht vorteilhafter?**

Nein, wir wollen nicht in die EU, sonst verlieren wir auch noch in vielen andern Bereichen unsere Entscheidungsfreiheit. Dieses Cassis-de-Dijon-Prinzip ist eine Vorstufe zum Agrarfreihandel und dieser eine Vorstufe zu einem EU-Beitritt.

**Um demzufolge den EU-Beitritt zu verhindern, müssten Sie jetzt ein Referendum gegen das Cassis-de-Dijon-Prinzip ergreifen.**

Vorerst werden wir schauen, was der Ständerat zu den Änderungen des Nationalrates sagt, und dann entscheiden wir über das weitere Vorgehen. Eigentlich müsste in erster Linie der Bauernverband als Interessenvertreter der Landwirtschaft das Referendum ergreifen.

**Bedingt die Annahme dieses Prinzips Anpassungen unserer Standards?**

Konsequenz wird sein, dass diese aufs EU-Niveau heruntergeschraubt

werden. Bei Gesetzen wie dem Gewässer- und Tierschutzgesetz wird dies aber nicht durchsetzbar sein, sodass unsere Bauern auch in Zukunft teurer produzieren müssen. Der Konsument ist zwiespältig. Einerseits will er ökologisch und tierfreundlich produzierte Lebensmittel. Andererseits will er die höheren Kosten nicht bezahlen und möglichst billige Produkte.

**Die Landwirtschaft kann also ihre Mehrkosten nicht an den Konsumenten überwälzen.**

Genau, die Mehrkosten für käfigfreie Eierproduktion oder RAUS-Programme bezahlt im Ausland kein Konsument und im Inland kommen die Bauern unter Druck. Das Cassis-de-Dijon-Prinzip wird zum Job-Killer. Wenn mehr importiert wird, verlieren wir Wertschöpfung, und die Arbeit wird in einem anderen Land gemacht. Die Schweiz wird unter dem Strich nur verlieren.

Werbung



**Anita Fetz: Einheitspreise fürs Körbchen**

Den Fettnapf dieses Monats verleihen wir Anita Fetz, SP-Ständerätin und Fachfrau in Sachen grossproportionierte weibliche Körperteile.

Frau Fetz fordert nämlich, die Preise für Büstenhalter zu normieren, um der Diskriminierung grossbrüstiger Frauen, welche mehr für ihre Kleidungsstücke berappen müssen, entgegenzutreten. Dies beweist, dass Frau Fetz über den Ärmelkanal schaut, denn dort hatte diese Umverteilung von A nach FF bereits Erfolg bei einer grösseren Supermarktkette.

Der Fettnapf fragt sich aber ernsthaft, ob es sinnvoll ist, seitens des Gesetzgebers regulatorisch in die Textilindustrie einzugreifen. Wenn Frau Fetz schon mit der Regulierung beginnt, fragt man sich, welche Lenkungsmaßnahmen sie dann gerechtigkeitshalber als Kompensation für kleinbrüstige Geschlechtsgenossinnen vorsähe, welche in der grossmehrheitlichen männlichen Gunst hinter ebendiesen körbchenpreisdiskriminierten Frauen anstehen?

Egal – auf jeden Fall freuen wir uns, den Fettnapf für das unsinnigste politische Vorhaben dieses Monats an Anita Fetz überreichen zu dürfen. Herzliche Gratulation!

Ihr Fettnapf

PS. Senden Sie uns Ihre Vorschläge für künftige Preisträger oder Preisträgerinnen auf [fettnapf@svp.ch](mailto:fettnapf@svp.ch)

**Matratzen nach Ihren eigenen Wünschen**

(Bicoflex, Happy, Lattoflex, Roviva etc.) Betten und Lättli jeder Art und Grösse, sowie Luftbetten, Vorhänge und Möbel, div. Marken-Bettwäsche.

Grösste Ausstellung der Region – ein Besuch lohnt sich immer – auch für Sie!

BETTWARENFABRIK

*Rafzerfeld*

Bettfedernreinigung Potema® Mobile Matratzenreinigung

**ZOLLINGER + CO AG**  
8424 Embrach, Hardhofstrasse 15  
044 869 10 75 seit 45 Jahren

Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr

[www.rafzerfeld.com](http://www.rafzerfeld.com)  
[bettwaren@rafzerfeld.com](mailto:bettwaren@rafzerfeld.com)

**TROUVAILLES**  
Kunstgalerie  
Permanente  
Gemälde-Ausstellung  
des 19.-20. Jahrhunderts  
Mittwoch: 14.00–18.00 Uhr  
Samstag: 10.00–16.00 Uhr  
oder nach Vereinbarung  
**Paul + Charlotte Vogt**  
Fischmarkt 6  
CH-4410 Liestal  
Tel./Fax +41 61 721 78 81  
Natel +41 79 674 05 84  
[vogttrouvailles@bluewin.ch](mailto:vogttrouvailles@bluewin.ch)

Nationalrat Ernst Schibli, Otelfingen (ZH)

# Falsche Erwartungen bezüglich Agrarfrei-handelsabkommen

In seiner Botschaft zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes, mit welcher er den Weg für das in Kürze weiterverhandelte Agrarfreihandelsabkommen ebnen will, prognostiziert der Bundesrat eine dauerhafte Erhöhung des BIP um 0,5 % oder 2 Milliarden Franken jährlich, da die Schweizer Landwirtschaft unter dem Druck des globalen Agrarmarktes zu weiteren Senkungen der Produktionskosten gezwungen würde. Die Bürgerinnen und Bürger werden jedoch die versprochenen sinkenden Preise bei noch grösserer Vielfalt an Produkten nicht lange geniessen können, sondern mit vielfältigen negativen Auswirkungen konfrontiert. Ebenso werden die Bauern sich nicht über neue Exportmöglichkeiten freuen können. Weniger Produktion, geringere Qualität, sinkende Produzentenpreise, Abbau und Export von Arbeitsplätzen, deshalb eine massive Zusatzbelastung der Sozialwerke und keine spürbare Senkung der Verkaufspreise, das werden die Konsequenzen einer wenig durchdachten, wenn nicht sogar kopflösen Liberalisierungsbestrebung in der Schweiz sein.

nen Familien auch die ohnehin strapazierten Sozialwerke zusätzliche Belastungen tragen müssen.

**Agrarfreihandelsabkommen als Todesstoss für die Landwirtschaft**

Sollte das Cassis-de-Dijon-Prinzip wirklich auch die letzten Hürden im Parlament nehmen und zudem das Agrarfrei-

Das Hohelied der unendlichen Marktchancen, bei offenen Grenzen, im EU-Raum mit einigen hundert Millionen Einwohnern ist derart abgedroschen, dass es selbst die Promotoren eines solchen Unterfangens allmählich zugeben müssten – die viel gepriesenen Vorteile werden vernachlässigbar sein. Der Freihandel mit dem Käse zeigt musterhaft auf, dass die Schweiz im Agrarsektor immer auf der Verliererseite stehen wird. Die leichte Zunahme der Käseexporte von 3,2% (+ 1888 Tonnen) wird bejubelt, den deutlich gewichtigeren Zuwachs der Importe von 10% (+ 3751 Tonnen) verschweigt man hingegen<sup>1</sup> – wahrlich ein zweifelhafter Erfolg. Es ist zu hoffen, dass nicht zuerst alles Bewährte vernichtet wird, bis man einsieht, dass ein falscher Weg eingeschlagen wurde.



Bundesrat und die Mehrheit des Parlamentes bereit, ohne Gegengeschäft, Wettbewerbsvorteile preiszugeben, die unseren Lebensstandard massiv belasten und strapazieren werden. Qualitativ hochwertige Schweizer Erzeugnisse werden durch minderwertige Produkte aus der EU konkurrenziert und verdrängt. Dadurch werden Schweizer Unternehmen gezwungen, die Qualität ihrer Produkte nach unten anzupassen, um einigermaßen wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die andere Variante ist, die Produktion auf dem Werkplatz Schweiz einzustellen und die Produktionsstandorte in die EU zu verlagern. Dadurch werden Arbeitsplätze verloren gehen und nebst den unmittelbar betroffene-

## Erfolgsbeispiel Käse ?



**Export :**  
+ 1'888 Tonnen (3.2%)

**Import :**  
+ 3'751 Tonnen (10%)

### Cassis-de-Dijon als Qualitäts- und Jobkiller

Die einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips wird sich in den kommenden Jahren sehr negativ auf die Qualität, die Produktion und die Arbeitsplätze in der Schweiz auswirken. Aus unerklärlichen Gründen sind der

**Statistik zeigt:  
Importe wuchsen  
viel stärker als Exporte !**

<sup>1</sup> Zahlen für 2008 aus dem Zahlenmaterial der TSM Treuhand GmbH

handelsabkommen zustande kommen, wäre dies für die Schweizer Landwirtschaft ein sehr harter, wenn nicht gar tödlicher Schlag. Den Produzenten der Landwirtschaft ist es nämlich – im Gegensatz zu Technologie- und Industrieunternehmen – in sehr vielen Fällen schlicht nicht erlaubt, die Qualität ihrer Produktion nach unten anzupassen. Somit wird vielen Betriebe letztlich nur die Schliessung übrigbleiben. Dessen ist sich der Bundesrat bewusst, denn er rechnet aufgrund der aussenhandelspolitischen Szenarien (wie er die Abkommen nennt) mit einer kumulierten Einkommenslücke von 3–6 Milliarden zusätzlich zum ohnehin erwarteten jährlichen Einkommensrückgang von 2,5%. Gerade nach den jüngsten Attacken auf die Schweiz seitens mächtiger Länder, darunter auch Nachbarstaaten, welche bedeutende Handelspartner der Schweiz

sind, wäre es fahrlässig, überstürzt nun auch noch im Agrarsektor einseitige sowie die eigene Volkswirtschaft schädigende Verhandlungen zu führen und Zugeständnisse zu machen.

## Die Kosten-Preisschere öffnet sich weiter

Aufgrund der eklatant höheren Vorschriften in den Bereichen Tier-, Pflanzen- und Umweltschutz haben die Schweizer Bauern zum Teil doppelt so hohe Produktionskosten wie ihre Berufskollegen in der EU. Ein Gutachten der Universität St. Gallen zeigt mit unmissverständlichen und aufschlussreichen Vergleichszahlen, dass die einheimischen Landwirte eine ausgezeichnete Arbeit leisten. Hinlänglich bekannt ist, dass ein durchschnittlicher Schweizer

Haushalt lediglich rund 10% des Einkommens für Lebensmittel ausgibt,<sup>2</sup> wogegen EU-Bürger wesentlich tiefer in ihre Tasche greifen müssen und rund 19,4% für Nahrung ausgeben.<sup>3</sup> Trotzdem werden den Bauern die nominal höheren Preise gegenüber der EU dauernd zum Vorwurf gemacht. Trotz ständig steigender Kosten machen es die Schweizer Bauern den Konsumenten durch Sparanstrengungen und sinkende Produzentenpreise möglich, gemessen am Einkommen, europaweit aus dem günstigsten Nahrungsmittelkorb auswählen und sich ernähren zu können. Das beweist, dass die Schweizer

<sup>2</sup>«Wirtschaftsaufschwung auch bei den Haushaltseinkommen spürbar», Bundesamt für Statistik BFS, Medienmitteilung vom 21. Mai 2007

<sup>3</sup>«Einkommens- und Verbrauchsstichprobe privater Haushalte 2005 in der EU27», Eurostat Pressestelle, 19. Juni 2008

Bauern ihre Hausaufgaben gemacht haben und unter den gegebenen Bedingungen effizient und produktiv arbeiten. Die SVP erwartet, dass auch der Bundesrat seine Hausaufgaben macht und die Interessen des Landes, seiner Bevölkerung und der Landwirtschaft richtig gewichtet. Wenn er das tut, wird er die Verhandlungen zum Agrarfreihandel abbrechen.

Zu vermieten per 1. August oder nach Übereinkunft in gepflegter Liegenschaft, schöne Wohnlage Top 2.5 Wohnung 61 m2 mit Sonnenterrasse, Erlenstr. 24 – 4058 Basel

4. Stock Lift (MUBA).

Grosse Wohnküche mit allem Komfort Bodenbeläge in Parkett und Keramik Neues modernes Badezimmer Kabel TV, freie, Benützung der modernen WK. Zins 1198.- und NK

Anfragen : Herr Lung  
Tel 061 691 37 97 / 079 720 19 55

## AUS DEN KOMMISSIONEN

### SIK-N: Keine obligatorischen Wiederholungskurse im Ausland

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates hat am 12. Mai 2009 mit 13:13



Stimmen und dem Stichtentscheid des Präsidenten Bruno Zuppiger (SVP/ZH) beschlossen, auf die Einführung obligatorischer WKs im Ausland zu verzichten. Nach Auffassung der Mehrheit ist diese Pflicht nicht gerechtfertigt; sie erachtet die heutigen Rechtsgrundlagen als ausreichend. Die Kommission hält damit – dank der SVP – bei der Revision des Militärgesetzes an einer wesentlichen und wichtigen Differenz zum Ständerat fest.

### WBK-N: Schlachttransporte durch die Schweiz verboten

Erfolg für die SVP in der nationalen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur: In Zukunft soll es



keine EU-Schlachttransporte durch die Schweiz mehr geben! Das Tierschutzgesetz wird dahingehend geändert, dass das Verbot des Transits von lebenden Rindern, Schafen, Schweinen und Ziegen neu nicht mehr auf Verordnungs-, sondern auf Gesetzesstufe geregelt ist. Die SVP unterstützte diesen Antrag für einen sinnvollen Tierschutz und eine nachhaltige, inländische Produktion. Für Transporte einzelner Tiere an Ausstellungen und Leistungsschauen sollen auf Antrag der SVP Ausnahmegenehmigungen möglich sein.

### FK-N: Bürger müssen Asylschlendrian berappen

Leider nicht durchsetzen konnte sich die SVP am 15. Mai 2009 in der Finanzkommission



des Nationalrates mit ihrem Antrag, dass der Nachtragskredit von 51,7 Millionen Franken für die seit der Amtsübernahme von BR Widmer-Schlumpf wieder aus dem Ruder laufenden Asylkosten durch anderweitige Kosteneinsparungen kompensiert werden müsse (09.033 - Geschäft des Bundesrates: Voranschlag 2009. Nachtrag Ib). Die finanziellen Folgen des Asylschlendrians werden somit die Bundeskassen mit voller Wucht treffen.

### UREK-S: Widerstand gegen Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe gescheitert

Mit 8:3 Stimmen unterstützt die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie



des Ständerates wie schon der Nationalrat die Finanzierung eines Gebäudesanierungsprogramms für zehn Jahre durch die Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe (02.473 - Pa.IV. CO<sub>2</sub>-Gesetz). Der Minderheitsantrag der SVP, welche sich gegen diese schleichende Einführung einer neuen Steuer wehrte, wurde abgelehnt. Die SVP setzt sich konsequent gegen neue Abgaben, Gebühren oder Steuern ein. Die vollständige Rückverteilung an die Bevölkerung muss erhalten bleiben.





# 3. SVP-Grümpeltturnier

## Die SVP bewegt!

**Samstag 18. Juli 2009**  
ab 10 Uhr

Reitplatz, Winterthur-Töss

Grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik und vielem mehr!

Kategorien:

- **Plausch Sie & Er** (6 Spieler, davon mind. 2 Damen)
- **Männer** (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler)
- **Familien** (6 Spieler/Spielerinnen aus einer Familie)

Promi-Spiel mit SVP-Politiken, u.a. mit den Nationalräten Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Toni Bortoluzzi, Capitain FC Nationalrat, Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich, und Jürg Stahl, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport.

Teilnahmegebühr: CHF 50.- pro Team

Anmeldungen ab sofort im Internet über [www.svp.ch](http://www.svp.ch) oder per E-Mail [lang@svp.ch](mailto:lang@svp.ch).

Auskünfte erteilt Jacqueline Lang (Tel. 031 300 58 58)

**Anmeldeschluss: 5. Juli 2009**

Kantonsrat Claudio Zanetti, Zollikon (ZH)

# Ein Geschichtsbuch, das man gelesen haben muss

«Christoph Blocher – der konservative Revolutionär» heisst die neue Biographie, die «Weltwoche»-Redaktor Markus Somm kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Wer die Schweiz gerne hat und sich für Zeitgeschichte interessiert, muss dieses ansprechend geschriebene Buch lesen.

Bisher war ich der festen Überzeugung, gute politische Literatur zeichne sich durch Kürze aus. Nun hat Markus Somm ein Buch geschrieben, das mich eines Besseren belehrte.\* Auch wenn Somms Werk 528 Seiten umfasst, musste er vieles weglassen, was bestimmt auch noch interessant gewesen wäre. Der Vorwurf eines Redaktors des «Tages-Anzeigers» allerdings, der Abstieg des «rechten Revolutionärs» sei ausgeblendet, ist abwegig und zielt ins Leere. Wie soll man einen Abstieg beschreiben, wo kein Abstieg ist?



## Erosion des Freisinns

Streng genommen handelt es sich um ein Geschichtsbuch, in dem der Schweizer Ausnahmepolitiker Christoph Blocher eine zentrale Bedeutung innehat. Wer es liest, erfährt viel über die Veränderungen, welche die Schweiz in den letzten 50 Jahren durchlebte. Ein Schwergewicht legt Somm dabei auf die Rolle der einst alles dominierenden FDP. Überzeugend beschreibt er, wie insbesondere der wichtige Zürcher Freisinn nach der Zäsur, die der Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks 1989 geschichtlich darstellt, keinen Tritt mehr fand.

Die so genannte «Affäre Kopp» erachtet Somm bloss als äusseres Zei-

chen einer tief greifenden Verunsicherung innerhalb des Freisinns. Vieles, was zuvor als «ewig gültig» betrachtet worden war, hatte plötzlich – scheinbar – keine Geltung mehr. Man glaubte, eine neue Epoche habe begonnen. Da war die Armee, einst ein Bollwerk der Bürgerlichen, von den Linken als «heilige Kuh» verspottet. Plötzlich musste sie ihre Existenz begründen und behaupten. Eine Volksinitiative verlangte gar die Abschaffung, und die Bürgerlichen hatten dem Argument der «Friedensdividende», die es einzulösen gelte, wenig Brauchbares entgegenzusetzen. Zwar scheiterte das Volksbegehren, doch die Bereitschaft, für die Landesverteidigung einzustehen, hatte spürbar und auf Dauer Schaden genommen. Werte wie «Unabhängigkeit» und «Neutralität» verloren an Bedeutung.

Anstatt sich auf die Werte zu besinnen, die er seit der Gründung des Bundesstaates konsequent vertreten

hatte, wandte sich der Freisinn immer mehr von der SVP ab und nahm in wichtigen Fragen abweichende Positionen ein. Dass sich die neuen Positionen dafür immer mehr mit denen des linken Lagers deckten,

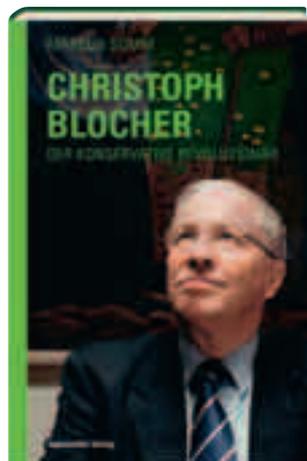
wurde in Kauf genommen, man versprach sich davon sogar Stärke gegenüber der SVP. Eine verhängnisvolle Fehlbeurteilung!

## Die SVP und die anderen

In dieser Phase ohne klare politische Ausrichtung suchten immer mehr Politiker das Heil in der Anbindung an internationale Organisationen. Statt autonomer Verteidigung, die an der Landesgrenze beginnt, hiess es plötzlich, nur noch im Verbund mit anderen Staaten sei Sicherheit gewährleistet. Und plötzlich musste die Schweiz ihr Verhältnis zur EG bzw. EU klären. Damit begann der Aufstieg von Christoph Blocher, der die SVP zu der mit Abstand stärksten Partei im Land machte, indem er sich dem Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum (EWR) widersetzte und dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und publizistischen Establishment eine empfindliche Niederlage bereitete.

## Die neue, autorisierte Blocher-Biographie

Markus Somm, dem stellvertretenden Chefredaktor der «Weltwoche», ist ein grosser Wurf gelungen: Seine autorisierte Biographie von Christoph Blocher ist mehr als eine Biographie. Sie erzählt die Geschichte eines mittellosen Pfarrerssohns, der zum mächtigsten Politiker der Schweiz aufstieg. Sie erklärt, weshalb es Christoph Blocher gelungen ist, eine konservative Wende auszulösen. Und sie zeigt auf, wie Blocher als konservativer Revolutionär die Schweiz nachhaltig verändert – indem er widerspricht, wenn er alte Werte in Gefahr sieht. Eine spannende Lebensgeschichte und eine intelligente Analyse des politischen Systems der Schweiz in einem Buch vereint.



Somm, Markus: **Christoph Blocher  
Der konservative Revolutionär**  
15 × 22 cm, 528 Seiten, illustriert, Fr. 48.-  
ISBN 978-3-85882-482-0

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder beim Appenzeller Verlag, 9101 Herisau, Tel. 071354 64 64, [www.appenzellerverlag.ch](http://www.appenzellerverlag.ch)

\* Markus Somm: Christoph Blocher, Der konservative Revolutionär, 528 Seiten, illustriert, Appenzeller Verlag, 48 Franken.

## Angenehme und spannende Lektüre

Somm versteht es, komplexe Zusammenhänge und Abläufe verständlich darzustellen. Geschickt verwendet er Anekdoten und kurze Geschichten, um Sachverhalte anschaulich darzustellen. So etwa, wenn er beschreibt, wie der frühere Besitzer der EMS-Werke, Werner Oswald, und sein Sekretär Christoph Blocher über den Gotthard an die Marignano-Schlachtfeier reisen und dabei über das Wesen der Neutralität diskutieren. Ein Thema, das Christoph Blocher sein Leben lang beschäftigt. Auch als Mitglied der Landesregierung

setzte er sich entschieden gegen die Behauptung zur Wehr, der Bundesrat stehe «geschlossen» zu «Schengen». Blocher, der Unternehmer, Blocher, der Regimentskommandant, Blocher, der Politiker, und Blocher als Bundesrat. All diese Aspekte werden eingehend analysiert und beschrieben. Somm zeigt, wie Christoph Blocher denkt und funktioniert, wie er Probleme angeht und Lösungen umsetzt. Der Leser erfährt, mit welcher Raffinesse es Bundesrat Blocher fertig brachte, festgefahrene Gesetzesrevisionen, wie beispielsweise das Gesetz über das Bundesgericht, einer Lösung zuzuführen, die alle Seiten zu befriedigen vermochte. Sogar

die Linke war voll des Lobes. Umso unverständlicher ist es daher, weshalb schliesslich nichts unversucht gelassen wurde, um Christoph Blocher als Bundesrat zu stürzen.

## Kritisch und doch anständig

Wie immer, wenn es um Christoph Blocher oder die SVP geht, setzt bei einem Grossteil der Schweizer Medienschaffenden der Verstand aus, und es regieren dumpfe Reflexe. Es gilt praktisch als ungeschriebenes Gesetz, dass man weder an Christoph Blocher noch an der von ihm

massgeblich geprägten SVP ein gutes Haar lassen darf. Die Palette beginnt mit Verunglimpfungen bei der Titelseizung, geht über eigentliche Hasskampagnen und reicht bis zum Aufruf zum medialen Boykott. Markus Somm bildet in dieser Hinsicht eine löbliche Ausnahme. Er ist durchaus kritisch, doch bleibt er immer anständig und pflegt den Stil, den andere nur einfordern.

Bleibt zu hoffen, dass dem Buch ein grosser Erfolg beschieden ist. Das gibt Markus Somm die Gelegenheit, die Neuauflage seines Werks mit einem Personen- und Sachregister zu versehen.

## Neue SVP-Positionspapiere zur Qualität der Volksschule

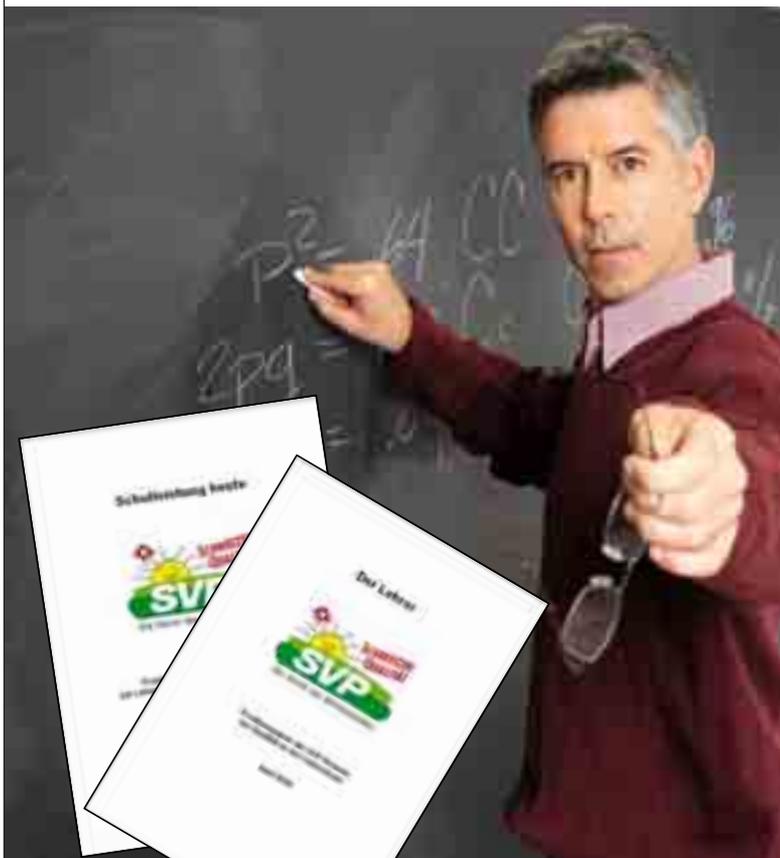
Die Delegierten der SVP Schweiz haben im August 2008 in Sursee eine Resolution zur Primarschule verabschiedet.

Basierend auf dieser Grundlage hat die SVP nun zwei Positionspapiere erarbeitet. Darin wird aufgezeigt wie die Volksschule ihren Auftrag erfüllen kann.

Insbesondere fordert die SVP darin die **Rückkehr zum Leistungsprinzip, motivierte und gut vorbereitete Lehrer, klare Ziele und die Konzentration auf Kernfächer.**

Diese Positionspapiere sind auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch) unter der Rubrik Positionen als Download verfügbar oder können auf dem Generalsekretariat der SVP Schweiz bestellt werden.

Die Erfolge bei den Volksabstimmungen zur Bildungspolitik und die Rückmeldungen bei den Referenden gegen HarmoS zeigen, dass grosse Teile der Bürger die schulpolitischen Forderungen der SVP unterstützen. Die SVP wird deshalb ihre erfolgreiche Schulpolitik auch künftig konsequent weiterverfolgen.



Nationalrat Theophil Pfister, Flawil (SG)

# Die SVP muss sich um die Schulen kümmern

Die Welt der Bildung ist verunsichert. Viele Lehrer fühlen sich ausgelaugt, teilweise auch überfordert und gute Kräfte quittieren den Beruf. Schüler proben in der Schule den passiven Widerstand, nehmen sich extreme Freiheiten heraus, Eltern sind aufgeschreckt. Die beamteten Schulbehörden erkennen zwar die Probleme, sind aber weitgehend ratlos. Soziale und kulturelle Probleme belasten die Schule, wie es auch Fernsehen, Internet, Pornografie, Jugendgewalt, Drogen, Filme und Spiele, Handys und immer mehr intransparente Kommunikationswege tun.



## Wie kann heute ein geordneter und leistungsorientierter Unterricht noch gewährleistet werden?

Die gängigen (Schein-)Lösungen gehen zumeist in die gleiche Richtung; immer neue Stellen und noch mehr schulische Therapeuten, die letztlich eine Zersplitterung der Verantwortung bewirken. Wie soll sich eine Lehrkraft im Unterricht behaupten, wenn soziale und kulturelle Probleme dominierend sind? Wie kann der Lehrerberuf wieder für Männer at-

traktiv gemacht werden? Wie lässt es sich vereinbaren, einerseits «moderne» Lehrmethoden anwenden zu müssen und andererseits in manchen Klassen keine Führung und keine genügende Motivation zu haben? Aber auch: Welche Chancen haben Eltern mit leidenden Kindern, um eine dem Kind angepasste Lösung zu finden? Eine Lösung, die nicht jeden stillen Protest und jede Schwäche als Krankheit behandelt. Sind die Schulen, sind die Lehrkräfte der Oberstufe dazu in der Lage und haben sie die erforderlichen Mittel, Freiheiten und Kompetenzen, um erfolgreich zu sein?

## Die SVP will Antworten geben

Dazu dienen die beiden neuen und kürzlich vorgestellten Positionspapiere «Der Lehrer» und «Schulleistung heute». Andere Parteien, von links bis zur sogenannten Mitte, verstecken sich hinter untauglichen Konzepten (zum Beispiel HarmoS, neuer Einheitslehrplan), um erst einmal Zeit zu gewinnen. Eine Arbeitsgruppe der SVP ist daran, auf der Basis der bisherigen Grundsätze (Leistung fordern, Leistung fördern) politische Positionen zu erarbeiten. Positionen, die auch unter heutigen Bedingungen den geregelten, konzentrierten und erfolgreichen Unterricht im Interesse der Eltern ermöglichen.

## Lehrer sein ist nicht nur ein Beruf, es ist auch eine Berufung

Für pädagogisch geeignete Personen, die auch die Verantwortung klar mittragen wollen, bietet dieser Beruf wie kaum ein anderer eine grosse Befriedigung. Aber der Lehrer braucht Gestaltungsfreiheit, Kompetenzen, klare Verantwortlichkeiten und sicher kein «Team-Teaching». Der Lehrer braucht eine Schule, die die Probleme lösen und nicht aussitzen will. Dazu sind weniger und nicht mehr Ge-

setzesauflagen erforderlich. Ein Übermass an neuen Theorien in der Schule, ein Übermass an Individualisierung des Unterrichtes, ein Übermass an Rücksichten auf störende Elemente und ein Manko an Entscheidungsfreiheit und an praktischen Fähigkeiten bei der Unterrichtsgestaltung sind häufige Befunde. Der Palaver-Unterricht ist nicht das Ziel einer guten Schule.

## Die SVP stellt klare Forderungen:

1. Zurück zum Klassenlehrer-Prinzip
2. Lehrerausbildung: Aktive Praktiker wieder in die Klassenzimmer
3. Schluss mit ideologisch gefärbten Lehrerbeurteilungen
4. Lehrerausbildung ist auch Führungsausbildung
5. Keine Vertherapeutisierung der Volksschule

6. Nein zum «integrativen Unterricht»  
Die heutigen **Versuche zur totalen Vereinheitlichung unseres Schulsystems** zeigen immer deutlicher, dass Eltern als Gegengewicht eine gewisse Wahlmöglichkeit für ihre Schule fordern oder fordern müssen (**freie Schuwahl!**). Diese Frage ist auch in der SVP noch nicht ausdiskutiert.

## Schulpolitisches Engagement der SVP ist erfolgreich: Abstimmungssiege in den Kantonen Aargau und Appenzell-Ausserrhodon



### AG: Bildungskleeblatt erleidet Schiffbruch

Das Aargauer Stimmvolk hat alle vier Gesetzesvorlagen, die im so genannten Bildungskleeblatt der Regierung vorgesehen waren, verworfen. Am deutlichsten fiel das Verdikt gegen die Einführung der Basisstufe aus. Dieser Entscheidung ist insofern bemerkenswert, als dass im Aargau erstmals über diese Frage separat abgestimmt werden konnte. Die Früheinschulung, welche auch im undemokratischen HarmoS-Konkordat vorgesehen ist, fällt beim Volk also klar durch.

Mit der Ablehnung des Bildungskleeblatts ist auch der Kanton Aargau HarmoS-inkompatibel geworden und das Konkordat der Erziehungsdirektorenkonferenz steht in einem weiteren Kanton vor dem Aus. Die angestrebte Allgemeinverbindlichkeit – für welche insgesamt die Zustimmung von 18 Kantonen notwendig gewesen wäre – kann jedenfalls schon jetzt nicht mehr erreicht werden. Der Widerstand der SVP gegen die föderalismus- und leistungsfeindliche Zentralisierung der Volksschule ist also weiterhin erfolgreich!



### AR: Schulnoten ab der 4. Klasse werden wieder eingeführt

Im Kanton Appenzell-Ausserrhodon wurde eine Volksinitiative zur Wiedereinführung der Schulnoten ab der 4. Klasse mit einem Zweidrittelmehr klar angenommen! Die SVP, welche diese Vorlage als einzige Partei unterstützt hat, ist erfreut über diesen Volkentscheid. Offensichtlich befür-

worten die Stimmbürger den Kurs der SVP, welche das Leistungsprinzip als oberste Maxime für die Volksschule hochhält. Die leistungsfeindliche Ideologie der linken 68er-Generation, die Reformitis an der Primarschule und die Herumbastelei am Schulsystem sind offensichtlich gescheitert!

# Impreza AWD und Forester AWD: Die Hammerofferte. Jetzt zuschlagen.



**Impreza 1.5R AWD Swiss**  
107 PS (79 kW), 5-türig  
Listenpreis Fr. 25'800.-  
Leasing Fr. 280.75/Monat  
bzw. **Fr. 9.25/Tag\***

**Forester 2.0X AWD Advantage**  
150 PS (110 kW), 5-türig  
Listenpreis Fr. 32'800.-  
Leasing Fr. 356.90/Monat  
bzw. **Fr. 11.75/Tag\***

Gültig vom 1. März bis am 30. Juni 2009.

\*Bei einer Leasingdauer von 48 Monaten (365 Tage/Jahr) und 10'000 km pro Jahr. Sonderzahlung: 15%. Kautions: 5% auf Finanzierungsbetrag. Effektiver Jahreszins: 2,94%. Vollkasko obligatorisch. (Unverbindliche Preisempfehlung netto inkl. 7,6% MWST., Preisstand 3/2009.) Eine Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt.

Impreza 1.5R AWD Swiss: Energieeffizienz-Kategorie C, CO<sub>2</sub> 176 g/km, Verbrauch gesamt 7,5 l/100 km.  
Forester 2.0X AWD Advantage: Energieeffizienz-Kategorie D, CO<sub>2</sub> 198 g/km, Verbrauch gesamt 8,4 l/100 km.  
Durchschnitt aller angebotenen Neuwagenmodelle: 204 g/km.

Switzerland's 4x4



**SUBARU**



**Impreza 2.0R AWD Swiss**  
150 PS (110 kW), 5-türig  
Listenpreis Fr. 29'300.-  
Leasing Fr. 318.80/Monat



**Impreza 2.0D AWD Swiss**  
Diesel, 150 PS (110 kW), 5-türig  
Listenpreis Fr. 32'300.-  
Leasing Fr. 351.45/Monat



**Impreza 2.5T AWD WRX**  
**Celebration** 230 PS (169 kW),  
5-türig, Listenpreis Fr. 35'900.-  
Leasing Fr. 390.65/Monat



**Forester 2.0X AWD Swiss**  
150 PS (110 kW), 5-türig  
Listenpreis Fr. 34'800.-  
Leasing Fr. 378.65/Monat



**Forester 2.0D X AWD Swiss**  
Diesel, 147 PS (108 kW), 5-türig  
Listenpreis Fr. 38'100.-  
Leasing Fr. 414.15/Monat



**Forester 2.5XT AWD**  
**Comfort** 230 PS (169 kW),  
5-türig, Listenpreis Fr. 42'800.-  
Leasing Fr. 465.70/Monat